

# Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleblatt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 150 Donnerstag, den 19. Dezember 1929 42. Jahrgang

## Silberding über Zollfragen.

Die Parteien verzichten auf Ausprüche.  
Berlin, 17. Dezember.  
Auf der Tagesordnung der Reichstagskammer steht die erste Beratung des Gesetzes über Zolländerungen. Mit der Beratung verbunden sind die durch das Zollgesetz normierten Änderungen der Handelsverträge mit Frankreich, der Schweiz, Schweden und Finnland.

Reichsfinanzminister Dr. Silberding betont die Notwendigkeit, die Zollnovelle noch vor Weihnacht zu verabschieden, weil sonst ein Vakuum eintreten würde. Er wendet sich dagegen, daß über die Regierungsvorlage hinaus auch noch die Wünsche einzelner Industrieweige berücksichtigt würden. Heute, im Zeitalter der industriellen Konzentration, hätten die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Die Zollherabsetzung habe auch den Nachteil, daß die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

hen im Lande eine Bewegung im Rahmen sei, die einen Exportator fordere. Auf dem Gebiete des Parlamentarismus seien durchgreifende Änderungen notwendig. Besonders fehle eine weite Kammer. Der demokratische Abgeordnete Bernhard erklärte, der Antrag lasse an Verantwortung für Regierung und Parlament nichts mehr übrig. Er bedeute eine Verantwortung des Parlaments. Auf dem Wege über den Rechnungshof könne man besser das gleiche Ziel erreichen.

**Schacht bei Hindenburg.**  
Berlin, 17. Dezember. Der Reichspräsident empfing am Montagabend den Reichsstaatspräsidenten Dr. Schacht zum Vortrag.

**Deutsche Botschafter in Warschau.**  
Berlin, 17. Dezember. Wegen der dem Prälaten Kallier sei keine vorübergehende Festnahme in Warschau zuteil geworden. Behandlung ist die deutsche Gesandtschaft in Warschau beauftragt worden, bei der polnischen Regierung Botschafter einzusetzen.

**25 Milliarden für Frankreich.**  
Paris, 17. Dezember. Der ehemalige Unterrichtsminister Herriot erklärte a. a. auf dem Parquet in Gaijans bei Soane. Weil wir allein an die Ruhr gegangen sind, sind die Engländer allein nach W. hingehen gegangen, haben sie allein über die Frage der A. schulden verhandelt und haben wir uns allein einem A. schuldigen Deutschland gegenüber befunden, das bez. z. zur Ruhe und vielleicht fertig zum Kriege war. Die A. schuldigen verlangten diese Lage abzuändern, als sie aus Ruher kamen, wir haben geschickt, Frieden zu schließen und gleichzeitig haben wir Deutschland zur Zahlung veranlaßt. Nach dem Kriege lagte man uns, Deutschland wird zahlen.

Heute können wir sagen, Deutschland hat gezahlt. Von 1924 bis 1929 hat der Dawesplan Frankreich 25 Milliarden Franken eingebracht. Bevor ich den Young-Plan meißel, soll ich mich nicht, was er uns einbringen wird. Unsere Forderung besteht darin, daß heute unsere schlimmsten Feinde die Außenpolitik der Republikanten für sich in Anspruch nehmen.

**Eintreffungs-Politik in Paris.**  
Man will Deutschland vor vollendete Tatsachen stellen.  
Paris, 18. Dezember.  
Der Zusammenkunft der Finanzminister Sachverständigen Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Spaniens in Paris, die am Montag begann, wird von den amtlichen französischen Kreisen besondere Bedeutung beigemessen. Die Presse spricht es ganz offen aus, daß es sich um den Wunsch aller Beteiligten handele, eine gemeinsame Einheitsfront gegen Deutschland nach der zweiten Haager Konferenz herzustellen, damit ihr keine andere Aufgabe zufalle, als vorher mit harter Mehrheit gefasste Beschlüsse zu unterzeichnen. Diese beunruhigende Veränderung wird man in Deutschland auf ihre Möglichkeit ernstlich nachprüfen müssen, um nicht gar zu spät zu erkennen, ehe es zu spät ist, denn die Gefahr, daß Deutschland vor der zweiten Haager Konferenz vor vollendete Tatsachen gestellt wird, ist nicht von der Hand zu weisen.

Als die Pariser Sachverständigen den Youngplan ihren Regierungen vorlegten, erries es sich, daß verschiedene von ihnen, insbesondere die englische mit der Auffassung ihrer eigenen Sachverständigen keineswegs übereinstimmen. Das führte wie erinnerlich, zu langen Kämpfen unter den Ministern im Saal, die in letzter Stunde mit einer Einigung auf Deutschlands Kosten endeten. Um die Wiederholung derartiger unaufrichtiger Streitigkeiten zwischen den Gläubigermächten, vor allem zwischen England, Frankreich und Italien zu vermeiden, soll deshalb bereits vor Beginn der zweiten Haager Konferenz

eine Einheitsfront der Gläubigermächte herbeigeführt werden. Die in Paris weilenden Sachverständigen haben dem Minister, die Verträge der Ausschüsse für die Inkraftsetzung des Youngplanes, die mit zahlreichen Vorbehalten abgefaßt worden, nochmals zu überprüfen und die gegenläufige Auffassung nach Möglichkeit in Einklang zu bringen; denn in den Auswärtigen hatte sich dies schon ergeben, daß die Mehrheit der Mächte sich sehr gut mit Deutschland einigen konnte, während die eine oder andere Gläubigermacht mit ihren Vorbehalten in der Widerheit liegt. Unter den alliierten Sachverständigen besteht nun die begründete Hoffnung, die Deutschland gemachten Zugeständnisse, falls sie der einen oder anderen Macht nicht begehren,

auf Deutschlands Kosten zu kreieren und den alliierten Standpunkt geschlossen zum Ausdruck zu bringen. Die Brüsseler Juristen-Konferenz, die ihre Arbeit am Sonnabend der letzten Woche beendete, hat in dem Schlussprotokoll, das sie für die zweite Haager Konferenz ausgearbeitet hatte, alle Vorbehalte offen gelassen, um die letzte Entscheidung den Regierungen zu überlassen.

Gelingt es, eine Einigung unter den alliierten Sach-

verständigen in dieser Woche in Paris zu erzielen, dann wird der Wunsch der Pariser Presse und Öffentlichkeit, der zweiten Haager Konferenz fertig vorliegende Beschlüsse unter einheitlicher Berücksichtigung des Standpunktes der Alliierten zur Unterzeichnung zu unterbreiten, aufs Beste geachtet.

**Kein Nachgeben der Pilsudski-Anhänger.**  
Swiatkisi für Ausschaltung der Opposition.  
Warschau, 17. Dezember.  
Der geschäftsführende Ministerpräsident Swiatkisi hat vor geladenen Gästen einen politischen Vortrag über das Thema: „Zwei Tage im Sejm“ gehalten. Die Ausführungen des Ministers unterchieden sich nur wenig von seiner letzten Parlamentsrede, waren jedoch im Tone noch härter. Der Inhalt läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß das Pilsudski-Lager alle seine Kräfte für den Staat einsetzen, während die Sejmopposition sich zu gestalten und verantwortungsvoller Arbeit unfähig gezeigt habe. Die Regierung habe alles getan, um ein fruchtbringendes Zusammenwirken zu ermöglichen, doch sei ihr guter Wille stets am Widerstand und an der Verbindlichkeitslosigkeit des Sejm gescheitert.

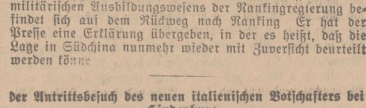
Die herrschende Richtung werde sich über die Köpfe der oppositionellen Abgeordneten hinweg mit der polnischen Öffentlichkeit verständigen und die Parteierklärungen auslegen.

Nach der Rede Dr. Swiatkisi verläßt sich der Eindruck, daß das Pilsudski-Lager keinen Fußbreit seiner politischen Machtstellung preisgeben will und daß von einer Veränderung des bisherigen Regierungssystems trotz aller Bestrebungen des Sejm-Präsidenten mit den oppositionellen Fraktionsführern nicht die Rede sein kann.

**Zuversicht in Kankina.**  
Niederlage der Aufständischen in China.  
London, 18. Dezember.  
Die Armee des Generals Tchangkaimei, der selbst durch eine Handgranate verwundet wurde, befindet sich nach hartnäckigen Kämpfen in vollem Rückzug in nordwestlicher Richtung. Sie ist bereits wieder mindestens 50 Meilen von Kankin entfernt. Die Kwantung-Truppen, die sich der Tchangkaimeis in der Nähe des Nordlaufes angeschlossen hatten, ziehen sich gleichfalls zurück. Auf kantonischer Seite ist man nun zum ersten Male wieder außerordentlich zuversichtlich.

Die britischen Flottenbehörden in Warschau haben Vorkehrungen für den eventuell notwendig werdenden Abtransport der Ausländer auf dem Rückzug der Kwantungstruppen getroffen. Zum ersten Male in der chinesischen Kriegsgeschichte ist ein Kampf in einer Linie durch die Flugzeuge gemieden worden. Der Generalinspekteur des militärischen Ausbildungswesens der Kwantungregierung befindet sich auf dem Rückweg nach Kankin. Er hat der Presse eine Erklärung übergeben, in der es heißt, daß die Lage in Kankina nunmehr wieder mit Zuversicht beurteilt werden könne.

**Der Austrittsbesuch des neuen italienischen Botschafters bei Hindenburg.**  
Der neue italienische Botschafter Graf Orsini-Baroni wurde vom Reichspräsidenten zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens empfangen. Der neue italienische Botschafter dankt bei seiner Ankunft vor dem Reichspräsidenten-Palais für den Gehalt der Ehrenwache.



**Aus dem In- und Auslande.**  
Das Reichsmilchgesetz im Reichswirtschaftsrat.  
Berlin, 18. Dezember. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates genehmigte den vom Reichsernährungsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Milch, Milchzubereitung und Milchgewinnung des sogenannten Reichsmilchgesetzes, das eine einheitliche Grundlage für das Gebiet der Milchwirtschaft schaffen will.

### Ein russisch-türkischer Freundschaftsvertrag.

Konstantinopel, 18. Dezember. In Angora wurde ein russisch-türkischer Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Da der Wortlaut noch nicht veröffentlicht wurde, ist es nicht bekannt, ob die türkische Regierung die Regelung der Handelsfreiheiten durchsetzen konnte.

### Tagung des Zentralausschusses der Komintern.

Moskau, 18. Dezember. Die Tagung des Zentralausschusses der Komintern hat begonnen. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung über die Aufgaben der Weltkommunisten in kapitalistischen Ländern, ferner die Einleitung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Tschechoslowakei und die Vorbereitung zur 5. Tagung der Komintern. Über die Wirtschaftslage und deren Ursachen erläuterte eine längere Bericht Solowki.

### Buraflo und Woloffs Mission gescheitert.

Paris, 18. Dezember. Ueber eine Unterredung des Ministerpräsidenten Lardieu mit den bulgarischen Ministern Buraflo und Woloff, die eine Herabsetzung der Reparationsleistungen herbeiführen wollten, weiß der "Reit" Parisien" zu berichten, daß sie erfolglos verliefen. Die beiden bulgarischen Minister hätten namentlich die Ansicht, nachdem sie in Paris nichts, in Rom kaum mehr erreicht hätten, sich nach London zu begeben, um dort einen ähnlichen Schritt zu unternehmen.

### Primo de Rivera bleibt.

Madrid, 18. Dezember. Primo de Rivera erklärte, er werde sich auf jeden Fall und um jeden Preis solange an seinem Posten behaupten, bis er dem König einen geeigneten Nachfolger vorschlagen könne, der dann den Übergang zu normalen Verhältnissen einleiten solle. Um dem Nachfolger keine Schwierigkeiten zu machen, werde der Plan einer neuen Verfassung von der Regierung fallen gelassen.

### Das Mellon-Berenger-Abkommen ratifiziert.

Newport, 18. Dezember. Mit 53 gegen 21 Stimmen hat der Senat das Mellon-Berenger-Abkommen ratifiziert. Die demokratische Oppositionspartei protestierte heftig gegen diese Entscheidung, indem sie darauf hinwies, daß der amerikanische Steuerzahler die Hauptlast der französischen Kriegsschulden tragen müsse. Die Inkraftsetzung des Abkommens erfolgt mit der Unterzeichnung durch Präsident Hoover.

### Keine politische Meldungen.

Singen von Franzosen besteht. 40 Mann französischer Truppen sind in Singen einmarschiert. Um die Mittagszeit ging die Trifflinger auf nach Ulm. Der Kommandant hat die Befehle gegeben, die Truppen in Singen zu lassen. Die Truppen sind am 19. Dezember abmarschiert.

Reines Kriminellrecht im Reich. Für das Reich besteht ein einheitliches Kriminellrecht. Die Reichsregierung hat die Befehle gegeben, die Kriminellgesetze im Reich einheitlich zu machen. Die Reichsregierung hat die Befehle gegeben, die Kriminellgesetze im Reich einheitlich zu machen.

### Aus der Umgegend

**Lebensnot und Weihnachtszeit.** Menschliche Mensch und Glückseligkeit wird nie härter und bitter empfunden als in der Weihnachtszeit. Wenn alles ringsumher erfüllt und bewegt ist von der Erwartung und Vorfreude des Festes, wenn alles stummt und trachtet, die Seine zu beschenken, ihren Lieben zu beglücken und Freude zu machen, dann fühlt sich der arme, franke oder sonst von harter Lebensnot heimgeleitete Mensch am unglücklichsten. Dann bedarf er des Mitfühlers, des guten Wortes, der barmherzigen Tat seiner Umwelt am meisten. Weihnachtszeit ist das Fest der Liebe. Das Fest um uns herum, dieses Begriff nicht zu eng aufzufassen. Liebe sollen wir geben, nicht nur Geld und Geld, nicht nur unsere Freundschaft und Bekanntschaft, der Mensch schließlich ist in den Mittelpunkt unserer weihnachtlichen Gefühlswelt gestellt. Es gibt ja so manchen, der sich Jammer und Leid auf dieser Welt. Wir haben mit mehr die Pflicht, zu helfen, zu helfen, wohnhaft, menschlich freundlich und barmherzig zu sein, als um die Weihnachtszeit. Sie trübt uns einbrüchlich das Gefühlswelt entgegen. Was ihr den Geringsten unter euch getan, das habt ihr mir getan! So besteht um das Weihnachtsfest jeder der Bedürftigen und stünde ihnen durch eine gute Tat ein Weihnachtsfest ein. Es ist ja so schön und auch so leicht. Wer kennt nicht ein armes Kind, eine verheiratete Mutter, einen bedürftigen Familienvater, einen hilflosen Kranken, ein geborgenes Altes? Für einen von ihnen bringe er ein Weihnachtsabend Licht und Trost, Liebe und Freude, Hilfe und Beistand, und dann erst wird er selbst wissen, was Weihnachtszeit und Weihnachtsfest ist!

**Kampagnegehalt.** Die Zuckerfabrik Wismar beendete am Sonnabend ihren diesjährigen Arbeitsabstamm, der einen Zeitraum von drei Monaten umfaßt, denn der Betrieb begann am 15. Oktober. Während dieser verhältnismäßig kurzen Zeit wurden 700.000 Zentner Rüben verarbeitet. Reinerlei Arbeitsleistung erzielte sich, was als ein gutes Zeugnis für eine unruhige Welt und ein formenreiches Zusammenarbeiten aller in der Fabrik tätigen Angestellten und Arbeiter gewis anzusehen ist.

**Schuldenrückzahlung.** Das Thüringische Ministerium des Innern macht den Gemeinden und Kreisämtern zur Pflicht, die ihnen zugegangenen Fragebogen des Deutschen Bauernwirtschafts- und Wasserbauverbandes zur Aufstellung einer Statistik über eine Hofverwaltungsgewinnrechnung gewissenhaft zu bearbeiten. Die Behörden haben erkannt, daß die gemachten Angaben über den letzten Jahren immer stärker aufgetretenen Hochwasser mit öffentlichen Mitteln nicht allein mehr zu beheben sind. Am Sommer 1928 wurden in dem Reich 165 Millionen Reichsmark an Werken vernichtet und in Thüringen selbst belief sich der Schaden in jenem Sommer auf mehrere Millionen RM. Man ist deshalb darauf bedacht, einen Weg zu finden, um die für die Einzelgenossenschaft unerschwinglichen Folgen der Hochwasserfluten auf eine finanziell tragfähigere Weise zu bewältigen.

**Deblanbauaufforderung im Jahre 1929.** Nach einer Mitteilung des Thüringischen Finanzministeriums sind die Beiträge auf Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten der Deblanbauaufforderung im Jahre 1929 von den Städten und Gemeinden bis spätestens 31. Januar 1930 einzureichen. Es wird darauf bemerkt, daß die zur Verfügung stehenden Mittel für den Zeitraum, für eine Beihilfe

**Reichsinduzierung für die Lebenshaltungskosten.** Das Reichsamt für die Lebenshaltungskosten hat die Reichsinduzierung für die Lebenshaltungskosten. Auf der Basis der Induzierung für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Beleuchtung und sonstiger Bedarf einschließlich Verkehr) ohne Steuern und soziale Abgaben werden auch die Induzierung für diese einzelnen Gruppen mitgeteilt. Der Verkehr erscheint hierbei in der Gruppe "Sonstiger Bedarf einschließlich Verkehr". Der prozentuale Anteil dieser Gruppe an den Gesamtausgaben in der Vorkriegszeit, sowie für die Erreichung der Induzierung der Gesamtlebenshaltungskosten herangezogen worden sind, beträgt 28 Prozent. Hieron entfallen auf den Verkehr allein 3,07 Prozent. Am Verkehr sind die Eisenbahn (Kilometerpreis der niedrigen Wagenklasse der Reichsbahn), die Straßenbahn (billigste Einzelfahrt ohne Fahrpreiserhöhung) und das Fahrrad (vollständiges Gebrauchsfahrad mit fünfjähriger Gebrauchsdauer) mit je einem Drittel beteiligt, je das Eisenbahn von den Gesamtausgaben nur etwa 1 Prozent beansprucht. Dementsprechend ist auch der Einfluß, den die Eisenbahnfahrt auf den Gesamtlebenshaltungskosten ausüben, sehr gering.

Die Kosten der wirtlichen Aufzucht, nicht der Nachzuchtungen usw. mäßig sind, und eine Beihilfe überhaupt nur gewährt werden kann, wenn die Höhe der Aufzuchtungen und die wirtlichen Verhältnisse der Gemeinde eine solche rechtfertigen.

### Zum Volksentscheid.

Die finanzielle und wirtschaftliche Not des Vaterlandes hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Arbeitslosigkeit steigt unauflöslich. Handel, Gewerbe, Handwerk, Industrie und Landwirtschaft werden durch die ungeheure Steuerlast rettungslos zugrunde gerichtet. Trotzdem steht das Reich noch im Nichts. Nur mit kurzfristigen Krediten wird es der Reichsstaatskasse möglich sein, zum Jahreswechsel ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die bedrückte Steuerreform wird neue hohe Steuern bringen. Durch Verletzung von Monopolen werden ausländische Kapitalisten die Steuern Deutschlands. In diesem Augenblick sollen durch Abnahme der Monopolen neue unrentable Unternehmen dem deutschen Volke angesetzt werden! Selbst der Reichsfinanzpräsident Schacht, Vertreter unseres Reichs bei den Verhandlungen, hat in schärfster Form Einspruch gegen die Verpflichtungen erhoben, die die Reichsregierung und Reichstag zu übernehmen bereit sind.

### Volk wider Reichstag!

Das deutsche Volk, das die Kassen zu tragen hat, erhebt am Sonntag Einspruch gegen die Erfüllungsfreude des Reichstags. Das Freiheitsgefühl soll die Bahn freimachen für neue Verhandlungen, die der wirtschaftlichen und finanziellen Notlage unseres Volkes Rechnung tragen und so solchen Verpflichtungen fähig sollen, die wir erfüllen können. Darum geht jeder zum Volksentscheid am Sonntag! Es darf niemand bei solchen wichtigen Entscheidungen bequem zur Seite liegen.

**Berlingen (Kreis Sangerhausen).** Zirkus versterbt. Vor einiger Zeit mußte der Zirkus "Luna" in Berlingen aufhören, weil der Zirkus "Luna" in Berlingen aufhören mußte, weil der Zirkus "Luna" in Berlingen aufhören mußte, weil der Zirkus "Luna" in Berlingen aufhören mußte.

**Weimar.** Zwangssetzung. Ueber die Forderung des Gehaltbetrages im Weimarer Haushalt konnten sich die Stadtväter in ihrer letzten Sitzung nicht einigen, so daß mit einer Zwangssetzung gerechnet werden kann.

**Weimar.** 4 Paar Strümpfe unter der Achselhöhle. Der Weimarer Kriminalpolizei ist es gelungen, im 22 Jahre alten Dienstmädchen Elsa S. aus Sachsendorf bei Weimar eine gefährliche Vadenbühne festzunehmen. Sie hat in letzter Zeit den Versuch gemacht, die Dienstmädchen an Scheinadrenalin zu versetzen. Die Dienstmädchen sind in der Lage, alle möglichen Gegenstände in ihrem Körper zu verbergen zu lassen. Unter anderem bekam sie auch fertige, vier Paar Damenstrümpfe unter ihrer Achselhöhle zu verstecken. In ihrer Wohnung fand man auch Schmuckgegenstände im Wert von 200 Mark, die in ihrer früheren Dienststelle bei einem Juwelier entwendet hatte.

**Amnau.** Selbstmord eines Bankbeamten. Auf dem Amnauer bei Amnau erschloß sich der Bankbeamte Walter von der Deutschen Bank und Distriktsbank der Amnauer Filiale. Ueber den Grund zu diesem letzten Schritt verliert noch nichts Bestimmtes.

**Gera.** Unglück im "Noten Sollen". Auf der "Noten Sollen" gerieten unter Tage der 23jährige Bergmann Konrad Schäfer aus Eichen und der 20jährige Bergmann Ludwig Stöck aus Dornberg zwischen zwei Förderwagen. Stöck erlitt schwere Kopf- und äußere Verletzungen, während dem Schäfer Ober- und Unterschenkel zermalmt wurden. Außerdem wurde ihm der Bauch aufgespalten, so daß die Eingeweide jutage traten. Der Zustand ist hoffnungslos.

**Gernrode.** Spielender Knabe als Brandstifter. Das Feuer in Gernrode, dem die neue Scheune des Speiteubers und Kohlenhändlers Wachtel mit Erntevorräten und 600 Zentner Kohlen zum Opfer gefallen ist, soll nach den polizeilichen Ermittlungen ein spielender Knabe verschuldet haben.

**Mühlhauhen.** Preußens größtes Kulturarzt. Die zuständigen Prüfer haben die Vereinigung der Kulturarbeiter in Mühlhauhen und Nordhausen zu einem Amt ernannt. Der Sitz des neuen Amtes, das aus 20 Personen in ganz Preußen, wird Nordhausen. Der Geschäftsbezirk umfaßt die Kreise Mühlhauhen in Thüringen, Pommern, Brandenburg, Hildesheim, Mecklenburg, Ostpreußen, Schlesien, Posen, Preußen, Westpreußen und Wandalen. Der Kulturarzt hat die Verwaltung des neuen Kulturarztes dem Leiter der Mühlhauhen, Regierungsrat, Kulturarzt und Kulturarzt Steinbach, übertragen, der die Geschäfte in Nordhausen am 1. Februar 1930 übernimmt. Die Mühlhauhen. Beamten des Kulturarztes folgen nach Nordhausen, das Gebäude der Stadt Nordhausen zur Verfügung gestellten Gebäudes beendet ist.

**Deffau.** Todesurteil nach der Sternfahrt. Nach Deffau fand eine Stahlhelmfahrt der Kreisfeuerwehren des Gauces Anhalt unter außerordentlich harter Beteiligung statt. Dabei ereignete sich in später Nacht ein tödliches Unglück. Der Elektromechaniker Selzer aus Coswig, der

an der Fahrt teilgenommen hatte, fuhr nachts gegen 20 Uhr in der Höhe des Drieses Buro gegen ein Auto. Selzer floh herunter und wurde auf der Stelle getötet. Das Personenauto wurde stark beschädigt. Die Schuldfrage bedarf der Aufklärung.

### Aus Nah und Fern.

**Breslau.** Von einem Bullen aufgespießt wurde in Karlsruhe die Frau des Stallführers Krause. Sie floh herunter und wurde auf der Stelle getötet. Das Personenauto wurde stark beschädigt. Die Schuldfrage bedarf der Aufklärung.

**Dresden.** Raubmord. Der 60 Jahre alte Motorenwärter Merfch wurde in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Die Feststellungen der Morbommision ergaben, daß Merfch die Kette durchgeschnitten war. Der Kleiderkoffer und ein Portefeuille waren geöffnet und durchwühlt. Merfch hatte schon fünf Jahren einige Leute nachts mit in sein Zimmer genommen. Da er in letzter Zeit auch um Kennplätzen weite, befehle die Möglichkeit, daß er hier Ermordung gemacht hat und das dies den jungen Mann, mit dem er verheiratet war, betraf.

**Braunshweig.** Raubmord. Am 17. August wurde ein 20 Jahre alter Mann in der Kreuzung der Bahnhofsstraße in Braunshweig von einem Personenzug erfaßt und von einem 180 Meter weite Strecke mitgeführt. Kurz nach dem Zusammenstoß ging das Auto in Flammen auf und der Mann wurde getötet. Der Fahrer, ein 20 Jahre alter Mann, wurde schwer verletzt und wurde in das Krankenhaus eingeliefert.

**München.** Gauenführer Mörder. Mörder. Auf einer Wiese an der äußeren Hofrieder Straße, etwa 10 Meter von der Straße entfernt, wurde die Leiche, der 16jährige Wäberin Weimann aus Gendingen gefunden, der die Schädellebe eingeschlagen und die Leiche zum Leibe gestrichelt waren. Der noch unbekannt Mörder hat kein Opfer an der Wiese gefunden. Die Leiche wurde in der Wiese gefunden. Die Leiche ist etwa 60 Meter auf die Wiese getragen worden, wo sie, vom Schnee zugegeben, erst später entdeckt wurde. Es handelt sich um einen Unfallmord. In einem in der Nähe gelegenen Hause hatte man nachts zwei Schreie vernommen, die das Mädchen in höchster Not ausgerufen haben dürfte.

### Die Untersuchungen im Arbeitsamt Eisenach.

Disziplinarverfahren gegen den Vorstehenden Reg.-Rat Winkler.

Zu den Untersuchungen beim Arbeitsamt Eisenach teilt das Landesarbeitsamt u. a. mit: Nach dem derzeitigen Stand der Untersuchungen kann auch heute noch nicht die Höhe der untersuchten Beträge angegeben werden, da die Prüfung der Bücher und Belege der Kasse infolge vorgenommener Verhinderung längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Landesarbeitsamt hat energische Maßnahmen getroffen, die eine glatte Abmilderung des Geschäftsverkehrs im Amt gewährleisten und zu einer reiblosen Klärung der Angelegenheit führen werden.

Der Vorstehende des Arbeitsamtes, Reg.-Rat Winkler, hat auf Grund gegen ihn erhobener Befehldingungen persönlicher Art die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt und ist auf seinen Wunsch von dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes vorläufig vom Dienst befreit worden. Mit seiner Vertretung ist der stellvertretende Vorstehende des Arbeitsamtes Nordharg in Halberstadt, Popp, beauftragt worden.

Die Geschäfte des stellvertretenden Vorstehenden führt vertretungsweise der Leiter der Rechnungstelle des L.-A. Verwaltung, Amtmann Hof, der gleichzeitig für das Landesarbeitsamt die erforderlichen Nachprüfungen zur Feststellung der verurteilten überarbeitet.

### Betrug um Betrug!

Es nimmt kein Ende mehr.

+ Deimold, 17. Dezember.

Der Sonderdienst der staatlichen Kriminalabteilung ist umfangreicher Betrügereien beim Neubau des staatlichen Krankenhaus auf die Spur gekommen.

Der erst kürzlich angestellte junge Bauführer Gustav Klose aus Brühltrup in Eppa hat durch falsche Buchungen mehrere tausend Zentner Zement verdrungen und den Staat um viele tausend Mark betrogen. Der Täter wurde verhaftet und gab die Unterschlagung von etwa 4000 Mark zu. Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Summe noch bedeutend erhöht.

Ferner wird bekannt, daß bei der Abrechnung des Krankenhausbeiträge der beim Bau beschäftigten Arbeiter fast 2000 Mark unterschlagen worden sind. Von der Staatsanwaltschaft ist erst in den nächsten Tagen nach eingehender Prüfung ein zusammenfassender Bericht über die Höhe der Betrügereien zu erwarten.

### Zu der Verhaftung in Eger.

Kein Zusammenhang mit den Düsselbacher Morbatten.

Eger, 18. Dezember.

Die Untersuchung gegen Wauer hat nichts zutage gefördert, was den ursprünglichen Verdacht, den Düsselbacher Massenmörder festgenommen zu haben, bestätigen könnte. Man glaubt im Gegenteil, daß ein Gelegenheitsdieb wie Wauer sich nicht auf ein so großes Verbrechengebiet begeben würde.

Zu dieser Annahme trägt auch die Interessenlosigkeit der Düsselbacher Polizei an der Untersuchung des Falles Wauer bei, die bisher keinerlei Schritte unternommen hat. Die Meinung, daß ein Düsselbacher Kriminalist auf dem Wege nach Eger sei, hat sich als irrig erwiesen.

### Ein hartes Fernbeben.

Hohenheim, 18. Dezember. Die Hohenheimer Erdbebenkarte verzeichnete ein sehr hartes Fernbeben. Die Erdbebenstärke betrug etwa 9000 Kilometer. Die höchste Wellenbewegung war zwischen 12.45 Uhr und 13 Uhr. Die ersten Erschütterungen kamen in Hohenheim um 12.10 Minuten 31 Sekunden.





# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Aus Leben im Bild“ und „Aus Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernprediger: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinmetel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Sparverein Artens.

Nr 150

Donnerstag, den 19. Dezember 1929

42 Jahrgang

## Hilferding über Zollfragen.

Die Parteien verzichten auf Ausprägung.

— Berlin, 17. Dezember.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsagung steht die erste Beratung des Gesetzes über Zolländerungen. Mit der Beratung verbunden sind die durch das Zollgesetz notwendigen Änderungen der Handelsverträge mit Frankreich, der Schweiz, Schweden und Finnland.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

betont die Notwendigkeit, die Zollnovelle noch vor Weihnachten zu verabschieden, weil sonst ein Vakuum eintreten würde. Er wendet sich dagegen, daß über die Regierungsvorlage hinaus auch noch die Wünsche gewisser Industrieller Berücksichtigung würden. Heute, im Zeitpunkt der industriellen Konzentration, hätten die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher.

Die Notlage der Landwirtschaft werde allgemein anerkannt. Mit Zöllen allein sei aber diese Notlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollherabsetzungen der Preis gesteigert werde, so müßte andererseits der Konsument gegen zu hohe Preissteigerungen geschützt werden. Vielum dient das Entfesseln des Weltmarktes. Damit werde auch den Produzenten gebietet, die ein Interesse an stabilen Preisen hätten. Die Krise im Getreidebau müsse in der Hauptsache durch organisierte Maßnahmen auf dem Getreidemarkt überwunden werden.

Beim Vorgehen sei Polen das einzige Konkurrenzland Deutschlands. Gelingen es, mit Polen zu einem Übereinkommen zu gelangen, so könne dieses besser werden. Meistlich liege es bei den Schweinepreisen.

In der Debatte sprach nur Abgeordneter Hönke (Komm.) Er nennt es bezeichnend, daß keine der anderen Parteien sich zum Wort gemeldet habe. Wie immer, wenn es sich um Kaufverträge handelt, werde auch hier wieder größte Eile an den Tag gelegt.

Präsident Cöbe stellt fest, daß die anderen Parteien auf Wort verzichtet hätten, um die sofortige Beratung der Vorlage im Ausschuss zu ermöglichen.

Das Haus verlegt sich auf Dienstag, 3 Uhr.

Reichsministergebet und keine Vorlagen.

## Durchführung des Sofort-Programms.

Verleihen gegen die Zigaretten-Kontingenterung.

— Berlin, 17. Dezember.

Im Reichsarbeitsministerium und im Reichsfinanzministerium sind die Gesetzentwürfe für die Durchführung des Sofort-Programms vorgebereitet worden. Diese Gesetze werden voraussichtlich zu Beginn der nächsten Woche den Regierungspartnern zugeleitet, die sie alsbald als Initiativ-Anträge einbringen werden. Die halbprozentige Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung dürfte nunmehr keinen Schwierigkeiten mehr begegnen.

Es bleibt aber zweifelhaft, ob die mit der Tabaksteuer zusammenhängenden Fragen noch vor Weihnachten erledigt werden können.

Die steuerliche Heraushebung der Sätze für die Tabaksteuer dürfte größere Schwierigkeiten nicht mehr machen, und wird als gesetzmäßig verhältnismäßig einfach sein. Anders liegen die Dinge dagegen bei der Einführung der Kontingenterung für Zigaretten. Diese geplante Kontingenterung soll nicht durch Geld, sondern durch eine Verordnung eingeführt werden, und man muß schon jetzt annehmen, daß gegen die Kontingenterung lebhaftere Widerstände geltend gemacht werden.

Die Kontingenterung ist so geplant, daß die Produktion auf einen bestimmten Zeitpunkt, z. B. auf die letzten drei Monate der Zeit mit einem Anstieg von 10 %.

Was darüber hinausgeht, trifft die doppelte Steuer und damit ist jede Konkurrenz hinsichtlich der jetzt bestehenden großen Unternehmungen unmöglich gemacht.

In politischen Kreisen wehrt man sich dagegen, daß auf dem Umwege über die Kontingenterung ein Monopol lanciert wird. Die Frage dürfte daher im Steuerauspruch noch zu einer lebhaften Ausprägung führen, da die Gesamtmaterie keineswegs einfach ist. Es ist deshalb auch nicht mit einer baldigen Verabschiedung dieser Verordnung zu rechnen, ja es ist sogar zweifelhaft, ob sie überhaupt zur Verabschiedung gelangen wird.

## Die Stellung des Sparkommissars.

— Berlin, 17. Dezember.

Aussprache im Haushaltsauschuss des Reichstags.  
Der Haushaltsauschuss des Reichstages legte die Aussprache über den Antrag der Deutschen Volkspartei fort, dem Sparkommissar

eine härtere Stellung auf Regierung und Reichstag zu geben. Der gemeinschaftsabgeordnete Dr. Schröder erklärte, daß der Antrag aus den Grundrissen der haushaltsrechtlichen Verhältnisse rütle.

Die Stellung des Finanzministers werde geschwächt und seine Verantwortungsstellung nicht gefördert. Das Zentrum lehnte diesen Antrag ab. Der Redner der Deutschen Nationalen, Abg. Berg, wies darauf hin, daß durch



ling veranlaßt. Auch dem Streite lagte man uns, Deutschland wird zahlen.  
Heute können wir sagen, Deutschland hat gesiegt. Von 1924 bis 1929 hat der Dawesplan Frankreich 25 Milliarden Franken eingebracht. Bevor ich den Young-Plan mehr lobt, muß ich wissen, was er uns einbringen wird. Andere Behandlung besteht darin, daß heute unter schätzten Feinde die Außenpolitik der Republikanten für sich in Anspruch nehmen.

## Eintreffungs-Politik in Paris.

Man will Deutschland vor vollendete Tatsachen stellen.

— Paris, 18. Dezember.

Der Zusammenkunft der fünfzehnten Sachverständigen Englands, Frankreichs, Belgien, Italiens und Spaniens in Paris, die am Montag begann, wird von den amtlichen französischen Kreisen besondere Bedeutung beigegeben. Die Presse spricht es ganz offen aus, daß es sich um den Wunsch aller Beteiligten handelt, eine gemeinsame Einheitsfront gegen Deutschland noch vor der zweiten Haager Konferenz herzustellen, damit ihr keine andere Aufgabe zufalle, als vorher mit starker Mehrheit gefasste Beschlüsse zu unterzeichnen. Diese beunruhigende Umänderung wird man in Deutschland auf ihre Nützlichkeit ernstlich nachprüfen müssen, um nichtgefalls noch Schritte zu ergreifen, ehe es zu spät ist, denn die Gefahr, daß Deutschland vor der zweiten Haager Konferenz vor vollendete Tatsachen gestellt wird, ist nicht von der Hand zu weisen.

Als die Pariser Sachverständigen den Youngplan ihren Regierungen vorlegten, erries es sich, daß verschiedene von ihnen, insbesondere die englische mit der Auffassung ihrer eigenen Sachverständigen keineswegs übereinstimmen. Das führte wie erinnerlich, zu langen Kämpfen unter den Ministern im Haag, die in letzter Stunde mit einer Einigung auf Deutschlands Kosten endeten. Um die Wiederholung derartiger unangenehmer Streitigkeiten zwischen den Gläubigermächten, vor allem zwischen England, Frankreich und Italien zu vermeiden, soll deshalb bereits vor Beginn der zweiten Haager Konferenz

eine Einheitsfront der Gläubigermächte herbeigeführt werden. Die in Paris weilenden Sachverständigen haben dem Auftrag, die Verträge der Ausschüsse für die Entlastung des Youngplanes, die mit zahlreichen Vorbehalten abgeschlossen wurden, nochmals zu überprüfen und die gegenseitige Auffassung nach Möglichkeit in Einklang zu bringen; denn in den Ausschüssen hatte sich vielfach ergeben, daß die Reichheit der Mächte sich sehr gut mit Deutschlands Kosten eintrug, während die eine oder andere Gläubigermacht mit ihren Vorbehalten in der Widerheit liegt. Unter den alliierten Sachverständigen besteht nun die begründete Hoffnung, die Deutschland gemachten Zugeständnisse, falls sie der einen oder anderen Macht nicht begehren,

auf Deutschlands Kosten zu kreieren und den alliierten Standpunkt geschlossen zum Ausdruck zu bringen. Die Brüsseler Kuristen-Konferenz, die ihre Arbeit am Sonnabend der letzten Woche beendete, hat in dem Schlussprotokoll, das sie für die zweite Haager Konferenz ausgearbeitet hatte, alle Vorbehalte offen gelassen, um die letzte Entscheidung den Regierungen zu überlassen, um die Geiligt es, eine Einigung unter den alliierten Sach-

verständigen in dieser Woche in Paris zu erzielen, dann wird der Wunsch der Pariser Presse und Öffentlichkeit, der zweiten Haager Konferenz fertig vorliegende Beschlüsse unter einheitlicher Berücksichtigung des Standpunktes der Alliierten zur Unterzeichnung zu unterbreiten, aufs Beste gelungen.

## Kein Nachgeben der Pilsudski-Anhänger.

Swiatkisi für Ausschaltung der Opposition.

— Warschau, 17. Dezember.

Der geschäftsführende Ministerpräsident Swiatkisi hat vor geladenen Gästen einen politischen Vortrag über das Thema:

„Zwei Tage im Sejm“

gehalten. Die Ausführungen des Ministers unterschieden sich nur wenig von seiner letzten Parlamentarrede, waren jedoch im Tone noch schärfer. Der Inhalt läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß das Pilsudski-Lager alle seine Kräfte für den Staat einsetze, während die Sejmopposition sich zu gestaltender und verantwortungsvoller Arbeit unähig gezeigt habe. Die Regierung werde alles getan, um ein fruchtbringendes Zusammenwirken zu ermöglichen, doch ließe die gute Wille stets am Widerstand und an der Verständigungslosigkeit des Sejm scheitern.

Die herrschende Richtung werde sich über die Köpfe der oppositionellen Abgeordneten hinweg mit der polnischen Öffentlichkeit verständigen und die Parteiverammlungen auslösen.

Nach der Rede Dr. Swiatkisi verhielt sich der Einbruch, daß das Pilsudski-Lager seinen Fußtritt seiner politischen Machtstellung preisgeben will und daß von einer Veränderung des bisherigen Regierungssystems trotz aller Beschwörungen des Sejm, verbunden mit den oppositionellen Fraktionsführern nicht die Rede sein kann.

## Zuversicht in Nanking.

Niederlage der Unzufriedenen in China.

— London, 18. Dezember.

Die Armee des Generals Tchangkaifwei, der selbst durch eine Handgranate verwundet wurde, befindet sich nach kontinentalen Meldungen in vollem Rückzug in nordwestlicher Richtung. Sie ist bereits wieder mindestens 50 Meilen von Nanking entfernt. Die Sunatschi-Truppen, die sich der Vereinigung Tchangkaifweis in der Nähe des Nordflusses anschließen hatten, ziehen sich gleichfalls zurück. Auf Kantoneiser Seite ist man nun zum ersten Male wieder außerordentlich zuversichtlich.

Die britischen Flottenbehörden in Wusihau haben Vorkehrungen für den eventuell notwendig werdenden Evakuationsport der Ausländer auf dem Rückzug der Kwangsi-Truppen getroffen. Zum ersten Male in der chinesischen Kriegsgeschichte ist ein Kampf in dieser Linie durch die Flugzeuge gemieden worden. Der Generalinspekteur des militärischen Ausbildungswesens der Nankingregierung befindet sich auf dem Rückweg nach Nanking. Er hat der Presse eine Erklärung übergeben, in der es heißt, daß die Lage in Szechuan nunmehr wieder mit Zuversicht beurteilt werden könne.

Der Antrittsbefehl des neuen italienischen Botschafters bei Hindenburg.



Der neue italienische Botschafter Graf Orsini-Baroni wurde vom Reichspräsidenten zur Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens empfangen. Der neue italienische Botschafter dankt bei seiner Ankunft vor dem Reichspräsidenten Palais für den Gehalt der Ehrenwache.

## Aus dem In- und Auslande.

Das Reichsmilchgesetz im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 18. Dezember. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates genehmigte den vom Reichsernährungsministerium ausgearbeiteten Gehelentwurf über den Beschäft mit Milch, Milchzubereitung und Milchzusammensetzen des sogenannten Reichsmilchgesetzes, das eine einheitliche Grundlage für das Gebiet der Milchwirtschaft schaffen will.

